

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949**

45 (27.8.1949)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittag. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.63. durch die Post 1.63 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 27. August 1949

9r. 45

## Kritik an Potsdam

„Die größte Nachkriegsgrausamkeit unserer Zeit“

New York (epd). „Künftige Generationen werden vielleicht den im August 1945 von Stalin, Churchill und Truman gefaßten Beschluß, Millionen von Deutschen aus Ost-Europa zu vertreiben, als die größte Nachkriegsgrausamkeit unserer Zeit brandmarken“, schreibt die bekannte amerikanische protestantische Wochenzeitung Christian Century in einer scharfen Kritik am Potsdamer Abkommen.

Die ganze Wahrheit über diese unglaubliche Maßnahme sei der Bevölkerung der westlichen Nationen noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Werde sie bekannt, dann dürfte sie bei unserer gefühllosen Generation Entsetzen erregen. Das Potsdamer Abkommen sei ein sofortiges Todesurteil für Millionen von Menschen gewesen, schreibt das Blatt weiter. „und stellt fest, daß vermutlich über die Hälfte der früheren Einwohnerschaft von Schlesien spurlos verschwunden sei. Schließlich wird der Hinweis Niemöllers zitiert, daß ein zwar langsamer aber ebenso sicherer Tod Millionen Überlebende der großen Deutschenausbreitung erwarte, wenn die Sieger nicht bald Schritte unternähmen, um den in Potsdam angerichteten Schaden soweit wie möglich wieder gutzumachen.“

### „Erhebliche Fortschritte“ im Zeichen des Marshallplanes

Washington (NBC). Der Bericht des Amtes für die amerikanische Auslandshilfe stellt für das erste Jahr des Hilfsprogramms erhebliche Fortschritte unter den europäischen Nationen fest. Die europäische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika müsse jedoch verdoppelt werden, denn das Problem der Dollar-Knappheit habe sich verschärft.

Das amerikanische Handelsministerium teilte seinerseits mit, daß eine Wiederbelebung des seit dem vergangenen Herbst eingetretenen Geschäftsrückganges in den USA zu verzeichnen ist. Die Aufträge an die Industrie haben sich im Mai und Juni um 8 % erhöht.

### Volksdeutsche fliehen aus Österreich

#### Neue Flüchtlingsaktion Umsiedlungs-Aktion

M.K. Tübingen. Das Grenzsuffraglager von Württemberg-Hohenzollern in Balingen ist wie das südwürttembergische Innenministerium am Freitag bekanntgab überfüllt. Es muß daher sofort für illegale Grenzüberquerer aus der Ostzone und aus Österreich, sowie für alle sonstigen Einzelreisenden gesperrt werden.

Diese Maßnahme wurde notwendig, da in den letzten Monaten Tausende von Volksdeutschen aus Österreich nach Südwürttemberg flüchteten. Der Vertreter des südwürttembergischen Innen-

ministers, Ministerialrat Dr. Eschenburg, erklärte hierzu in einer Pressekonferenz, daß die ungesetzliche Haltung der Behörden in Österreich diesen neuen Flüchtlingsstrom ausgelöst habe. In den letzten Kriegsmontaten sind die Volksdeutschen aus dem Südosten Europas nach Österreich gekommen, wo man ihnen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten bot. Seit die Arbeitslosigkeit in Österreich zunimmt, verweigern die dortigen Behörden den Volksdeutschen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Unterstützung. Die Kinder dieser Volksdeutschen dürfen nicht einmal die öffentlichen Volksschulen besuchen oder einen Beruf erlernen. Aus dieser Not und Rechtslosigkeit flüchten die Menschen über die Grenze nach Deutschland.

Zunächst strömten sie nach Bayern. Als ihnen aber dort keine Hilfe geboten werden konnte, ergoß sich dieser Flüchtlingsstrom nach Südwürttemberg. Seit dem 20. Mai 1949 sind über 5200 Volksdeutsche illegal nach Württemberg-Hohenzollern gekommen und hier aufgenommen worden. Da der Strom aber nicht abreißt, besteht die Gefahr, daß durch diese Illegalen die innerdeutsche Umsiedlungs-Aktion nach den Ländern der französischen Zone zum Scheitern verurteilt wird.

Bei allem Verständnis für die Not dieser Menschen kann Südwürttemberg es nicht mehr verantworten, weitere illegale aufzunehmen. Es hat sich in dieser Angelegenheit

bereits an die Militär-Regierung gewandt und wird jetzt auch die Kirchen bitten, sich gegen die ungesetzliche Behandlung der volksdeutschen Flüchtlinge durch die österreichischen Behörden und den so ausgelösten neuen Flüchtlingsstrom einzusetzen.

### Protest gegen sowjetrussische Luftkampfabübungen

B. St. Berlin. Vertreter der Westmächte protestierten hier erneut gegen die Absicht der Sowjetunion, Kampfabübungen russischer Flugzeuge im Luftkorridor zwischen Westdeutschland und Berlin vorzunehmen. Die sowjetischen Manöver begannen bereits vor 4 Monaten. Während dieser Zeit haben die Westmächte durchschnittlich zweimal wöchentlich gegen Kampfabübungen im Luftkorridor protestiert.

### Noch 5000 Aufständische im Grammosgebirge

Athen (R). Die neue Offensive der griechischen Armee im Grammosgebirge, dem letzten Stützpunkt der Aufständischen in Griechenland, macht gute Fortschritte. Im Grammosgebirge halten sich noch etwa 5000 Aufständische in einem Dreieck von rund 300 qkm, dessen Basis längs der albanischen Grenze verläuft, auf. Wie der Berichterstatter der „Times“ schreibt, liege Beweismaterial vor, daß Aufständische, die vergangene Woche aus dem Gebiet von Vido nach Albanien flüchteten, sich jetzt auf dem Wege nach dem Grammosgebirge befinden zur Verstärkung der Aufständischen.

## Landtag wählt für Bonn

HIL Stuttgart. Die Wahl der Abgeordneten zur Bundesversammlung steht als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Landtagssitzung, die am 30. August in Stuttgart stattfindet. Nach Artikel 54 des Grundgesetzes haben die Landtage ebenso wie Abgeordnete zur Bundesversammlung zu wählen, als am 14. August in den betreffenden Ländern Bundestagsabgeordnete gewählt worden sind. Demnach muß der württembergische Landtag am kommenden Dienstag 33 Abgeordnete für die Bundesversammlung namentlich bestimmen.

Das Grundgesetz schreibt den Landtagen vor, daß die Wahl zur Bundesversammlung, der wiederum — und zwar als einzige Aufgabe — die Wahl des Bundespräsidenten obliegt, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen habe. Weil damit aber nicht gesagt ist, ob dieser Verhältniswahl die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien oder die in der Wahlstimmung abgegebenen Stimmen oder aber die Ergebnisse der Wahl zum Bundestag am 14. August zugrunde liegen sollen, haben die Ministerpräsidenten den Landtagen empfohlen, als Grundlage die Zusammensetzung der Länderparlamente zu berücksichtigen.

Nach dieser Regelung werden die einzelnen Fraktionen für den 30. August Listen aufstel-

len, in die allerdings auch Kandidaten aufgenommen werden können, die weder dem Landtag noch irgend einer Partei angehören. Nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen wird aus diesen Listen die Zahl der Abgeordneten bestimmt, die zusammen mit dem Bundestag die Bundesversammlung bilden werden. Diese wird also ein anderes Stärkeverhältnis der Parteien aufweisen als der am 14. August gewählte Bundestag, da die von den Landtagen zu bestimmenden Kandidaten noch nach dem Stimmenverhältnis früherer Wahlen aufgestellt werden.

Neben der Wahl zur Bundesversammlung wird am kommenden Dienstag vermutlich auch die Frage zur Debatte stehen, ob Landtagsabgeordnete gleichzeitig Bundestagsabgeordnete sein können. Weil durch solche Doppelmandate zeitliche Überschneidungen in der Abgeordnetentätigkeit nicht zu vermeiden sein werden und weil außerdem daraus den betreffenden Abgeordneten eine zu starke Arbeitsbelastung entstehen könnte, haben sich die SPD und die FDP gegen Doppelmandate ausgesprochen.

### Forderungen der Gewerkschaften an die Bundesregierung

Hbt. Frankfurt. Der Zweizonen-Gewerkschaftsrat hat 6 wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen an das westdeutsche Bundsparlament ausgearbeitet. Die Gewerkschaften verlangen von der Bundesregierung eine Sozial- und Wirtschaftsordnung in der die soziale Gerechtigkeit nicht nur als moralisches Gebot proklamiert wird. Die Bundesregierung soll die Arbeitslosigkeit beseitigen, ein umfassendes Wohnungsbau-Programm schaffen, das Existenzminimum sichern und das Realeinkommen der Arbeitnehmer erhöhen. Ferner verlangen die Gewerkschaften, daß entscheidende Wirtschaftszweige in gemeinsames Eigentum überführt werden und ein einheitliches Arbeitsrecht geschaffen wird.

### Letzte Fischer Dropsch-Anlage wird zerstört

r.W. Frankfurt. Mit der Demontage der Fischer Dropsch-Anlagen bei der Ruhrchemie AG in Oberhausen muß auf Anordnung der britischen Militärregierung am 31. August begonnen werden. Damit wird die letzte der insgesamt sechs Anlagen dieser Art zerstört. Etwa 600 bis 800 Arbeiter werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Prof. Nötting hat — wie heute bekannt wird — den britischen Zivilgouverneur, General Bishop, gebeten, die Demontagearbeiten bei der Gelsenberg-Benzin AG in Gelsenkirchen zu überprüfen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der für den Abbau bestimmten Anlagen höher ist als ursprünglich von deutscher Seite angenommen wurde.

### Am 12. September neue Ost-West-Verhandlungen

v.W. Frankfurt. Das Zweizonen-Wirtschaftsamt teilte mit, daß die Ende Juli abgebrochenen Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den westdeutschen Zonen und der russischen Zone voraussichtlich am 12. September fortgesetzt werden.

## VOM TAGE

10 Jahre Arbeitslager für „Schwester Pia“. Die Hauptprüfkammer München stufte die 64 Jahre alte Eleonore Baur, bekannt unter dem Namen „Schwester Pia“, in die Gruppe der Hauptschuldigen. Das Urteil lautet auf 10 Jahre Arbeitslager. Von der Internierungshaft werden der Verurteilten nur 2 Jahre angerechnet.

Vorsitzender der „Freien Kommunisten“ verurteilt. Der Vorsitzende der neu gegründeten „Freien kommunistischen Partei“ Deutschlands, Karl-Heinz Scholz wurde von einem französischen Militärgericht in Berlin zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Bestrafung erfolgte, weil er ohne Lizenz der Militärregierung eine Partei gebildet hatte. Dem Verurteilten wurde jede weitere politische Tätigkeit im französischen Sektor Berlins untersagt.

Abschluß in Fulda. Die Jahreskonferenz der deutschen katholischen Bischöfe in Fulda wurde beendet. Die Fragen, die behandelt wurden, werden streng geheim gehalten. Kirchliche Kreise sind jedoch davon überzeugt, daß das Exkommunikationsdekret des Papstes im Mittelpunkt der Aussprache stand. Kardinal Frings wies bereits vor längerer Zeit darauf hin, daß es sehr schwer sein werde, dieses päpstliche Dekret auf die deutschen Kommunisten richtig anzuwenden. v.W.

Südbaden erwartet neuen Flüchtlingstransport. Der nächste Flüchtlingstransport aus Schleswig-Holstein wird voraussichtlich nach dem 10. September in Südbaden eintreffen. Das Durchgangslager in Betzenhausen bei Freiburg wurde bereits geöffnet. (R)

Warnung vor der US-Kultur. Der pädagogische Kongreß der Sowjet-Zone warnte in einer Denkschrift Erzieher und Eltern sowie die deutsche Jugend vor dem verderblichen Einfluß der amerikanischen Kultur, die die deutsche Jugend den hohen literarischen und künstlerischen Schöpfungen des eigenen Volkes entfremdet. (H. Sch.)

Bombenhagel auf Helgoland. Wie die „New York Tribune“ meldete, warfen 40 britische Bombenflugzeuge bei einem erneuten Übungsangriff 500- und 1000 Pfund-Bomben auf die deutsche Nordseeinsel Helgoland ab.

80 000 Mann Volkspolizei? Die gegenwärtige Stärke der Volkspolizei in der Sowjet-Zone wird von der amerikanisch lizenzierten Zeitung „Der Tagesspiegel“ auf 50 000 Mann geschätzt. Angeblich soll eine Anordnung der sowjetischen Militärverwaltung vorliegen, diese Zahl bis Ende des Jahres auf 80 000 Mann zu erhöhen. (B.St.)

Hafenarbeiterstreik auch in Buenos Aires. Im Hafen von Buenos Aires trafen etwa 10 000 argentinische Seeleute und Hafenarbeiter in den Streik. Der Hafenbetrieb wurde fast völlig stillgelegt. (R)

Landungsmanöver in Triest. An der Küste der anglo-amerikanischen Besatzungszone Triests unternahmen amerikanische Truppen Landungsmanöver. In Triest sind etwa 10 000 britische und amerikanische Truppen stationiert, die Garnison der jugoslawischen Zone ist dagegen etwa 5000 Mann stark. (R)

Islamischer Sozialismus. Der Ministerpräsident von Pakistan, AH Khan, erklärte, die Wirtschaftspolitik seiner Regierung beruhe auf dem 1300 Jahre alten islamischen Sozialismus. Das Wirtschaftsprogramm entsamme der Gesetzgebung des Propheten Mohammed. Dies bedeutet gleiches Recht für jedermann auf Kleidung, Nahrung, Erziehung und medizinische Hilfe.

„Verdiente Lehrer des Volkes“ Nach Volkspolizisten und Arbeitsaktivisten werden jetzt auch die Neulehrer der Sowjetzone mit Orden ausgezeichnet. Zusätzlich erhalten die Ausgezeichneten den Titel „Verdiente Lehrer des Volkes“. Der Orden ist in Form einer Medaille gehalten, die nach dem Volksschulpädagogen Diesterweg die „Diesterweg-Medaille“ genannt wird. (R)

Ein Volk fordert seine Gefangenen zurück. Ein gemeindeutscher Protest wegen des Zurückhaltens zahlreicher deutscher Kriegsgefangener ist für den 14. Oktober vorgesehen. Die Kundgebungen sollen in Verbindung mit einer Kriegsgefangenen-Gebetswoche der evangelischen Kirche stehen und die gesamte Öffentlichkeit durch Glockenläuten, Verkehrsstillen usw. an die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten erinnern. (epd)

Der schwedische König stückte eine Altardecke. Zum 75. Jahrestag der lutherischen Bethlehemskirche in Brooklyn traf im Flugzeug aus Schweden eine Altardecke ein, die König Gustav persönlich gestickt hat. (epd)

## Spaak für Aufnahme

G.L. Straßburg. Die Beratende Versammlung begann am Freitag in Straßburg mit der Debatte über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit der 12 europäischen Mitgliedstaaten. Der Versammlung wurde unter anderem ein Plan für die Errichtung eines Europäischen Rates vorgelegt.

Ein Mitglied der Parlamentsfraktion der britischen Arbeiterpartei Whiteley, sprach als erster Redner über die Zusammenarbeit auf sozialem und kulturellem Gebiet. Whiteley schlug vor, der Europäische Rat möge die Abmachungen zur Grundlage nehmen, über die Großbritannien bereits mit Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg verhandelte. Der italienische Delegierte Jaccini trat für eine Kontinental-Politik zur Förderung der Auswanderung aus überbevölkerten Ländern ein und regte an, daß Arbeiter — gewisse Fülle ausgenommen — das Recht haben sollten, in andere Länder auszuwandern.

Der britische Vertreter Nelly kritisierte die sozialen Zustände in Deutschland. Er sagte u. a. in mehreren Gebieten würden beispielsweise Kinos gebaut, während viele Einwohner noch keine Wohnung hätten. Solche Verhältnisse könnten politischen Spreßstoff erzeugen. Das sei nach seiner Ansicht die größte Gefahr in Deutschland.

Am Donnerstag hatte der Präsident der Europäischen Versammlung, Spaak, erklärt, er glaube, Westdeutschland werde demnächst Mitglied des Europarates werden. Spaak sagte vor Pressevertretern, die Fragen der Zulassung Westdeutschlands, des Saargebietes und Österreichs sollten der Beratenden Versammlung getrennt vorgelegt werden.

Wie das Büro der Konservativen Partei mitteilt, beabsichtigt Churchill am Samstag wieder nach Straßburg zu reisen, um an der Tagung des Europa-Parlamentes teilzunehmen. Bekanntlich mußte Churchill wegen einer Erkältung mehrere Tage den Sitzungen fernbleiben.

### Schuman zum Saar-Problem

M.K. Tübingen. Bei einem Presseempfang dementierte Außenminister Schuman die Meldung, daß er sich für die Wiederherstellung der Länder Württemberg und Baden eingesetzt habe. Es sei in dieser Angelegenheit immer sein Standpunkt gewesen, daß die Deutschen ihre Interessen selbst vertreten müssen. Erst wenn dies geschehen sei, würden die Alliierten dazu Stellung nehmen, um die technischen Fragen, wie die Verteilung der Besatzungen und der Besatzungskosten zu regeln.

Eingehend sprach der französische Außenminister zum Problem des Saargebietes. Der gegenwärtige Zustand sei nur ein Provisorium, das erst nach einem künftigen Friedensvertrag durch eine endgültige Regelung gelöst werden könne. Hätte Frankreich über die in der Saarverfassung vorgesehene wirtschaftliche Union das Gebiet sich politisch aneignen wollen, so hätte es nicht für die Saar eine eigene Vertretung im Europa-Rat verlangt. Wenn die Saar eine internationale Einheit sei, so bedeutet dies keineswegs, daß sie nun ein un deutsches oder französisches Land werden solle. Die Beziehungen der Saar zu Deutschland können erst nach der Bildung der westdeutschen Regierung geregelt werden. Die Erklärungen deutscher Politiker, daß Deutschland nicht dem Europa-Rat beitreten könne, wenn die Saar vorher aufgenommen wird, bezeichnete Schuman als überhöhte Empfindlichkeit. Wenn bei Deutschland die Voraussetzungen für eine Aufnahme später als bei der Saar erfüllt seien, so sei dies nicht eine politische, sondern lediglich eine chronologische Wertung.

Genobener Kreuzer. Der italienische Kreuzer „Triest“, der vor mehr als 6 Jahren von britischen Bombern versenkt worden war, wurde in den Hafen von La Spezia eingeschleppt. Das Wrack wurde in 2 Jahren Arbeit gehoben.

## EZ heute mit 10 Seiten:

Politische Nachrichten aus aller Welt — beliebte Sonntags-Seite — Weitere Unterhaltungsseiten — Heimat-Nachrichten aus Stadt und Land — Rundfunk-Programm.

Zum ersten Mal die neue Beilage

## „Der Bauerturm“

Unser neuer Roman beginnt am 29. August

Ministerpräsidenten tagten in Koblenz

Parlamentsvertreter zur Regierungsbildung v.W. Koblenz. Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder sind am Freitag mittag im Hotel „Rittersturz“ bei Koblenz erneut zu einer Konferenz zusammengetreten.

Der Generalsekretär der CSU, Franz Strauß erklärte, das Postministerium genüge nicht den Ansprüchen der CSU. Diese wolle auch auf das Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministerium Einfluß nehmen.

Dr. Konrad Adenauer hat erneut zu außenpolitischen Fragen Stellung genommen. Er erklärte, die künftige Bundesregierung werde später eine eventuelle Beteiligung Westdeutschlands am Atlantik-Pakt anstreben.

Keil zum Südweststaat

Stuttgart. Der Landtagspräsident von Württemberg, Keil, hat am Freitag dem Vorschlag des Staatspräsidenten Wohleb in der Frage des Südweststaates Stellung genommen.

Stuttgart. In der Frage des Südweststaates werden die Regierungschefs der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden Anfang September zu einer Konferenz zusammenkommen.

Ohlendorfs Vernehmung abgelehnt

Hamburg (R). Das britische Militärgericht in Hamburg, vor dem gegen den früheren deutschen Generalfeldmarschall von Manstein verhandelt wird, beschloß am Freitag, die Aussagen von drei zum Tode verurteilten SS-Männern zuzulassen.

Rotjacks als Todeskandidaten

Landesbischof Wurm über Landsberg epd. Stuttgart. Landesbischof Dr. Wurm hat dem amerikanischen Komitee zur Verhütung von Kriegen einen Bericht über seinen Besuch im Gefängnis von Landsberg gesandt, dem wir Folgendes entnehmen:

Hoffman auf dem Rückflug

London (BBC). Der Leiter des Amtes für die amerikanische Auslandshilfe, Hoffman, hat von London aus den Rückflug nach den USA angetreten.

Goethes Verhältnis zum Geist

Von Otto Heußdrefe

Es wird in diesem Jahre allerorten — nicht nur hier bei uns in Deutschland — viel über Goethe geschrieben und gesprochen, fast zu viel, wie manche meinen, und nicht immer mit dem nötigen Ernst und dem notwendigen Gefühl für geistige Verantwortung.

Wenn wir nun davon sprechen, wie Goethe über die Probleme des menschlichen Daseins dachte, wie er sie im Werke gestaltete, so stehen wir schon in der Mitte des Goetheschen Daseins selbst.

Welches war das Verhältnis Goethes zum Geist? Goethes frühere Jugend fiel in jene Epoche, die im Rationalismus der Aufklärung das heißt in einer einseitigen Verstandeskultur ihren eigentümlichen Ausdruck fand.

als Dichter Umgang mit ihnen, aber dann wird er diese magische Epoche seiner Naturnähe überwinden und an ihre Stelle wird die Naturanschauung, die ehrfürchtige Naturbeachtung, schließlich die Naturforschung treten; eine Naturforschung freilich, der er seine eigene Gesetzmäßigkeit aufträgt und die in vielfachem Widerspruch steht zu dem, was die Zeitgenossen darunter verstehen.

Niemals aber wird sich Goethe mehr von der Natur lösen, sie wird ihm die Quelle seiner besten Schaffenskräfte wie seiner immer neuen Lebenskräfte sein, und auch sein Denken, das heißt sein Verhältnis zum Geist, wird von ihr bestimmt sein.

Erinnerung an das Straßburger Münster

Der international bekannte deutsche Rechtsgelehrte, Geheimrat Prof. Dr. Fritz van Caiker stellte uns nachfolgende persönliche Erinnerung an Straßburg zur Verfügung.

Im Schatten des Straßburger Münsters tagt gegenwärtig der Europa-Rat. Über den vielen Aufgaben, die ihm obliegen, schwebt der Gedanke eines hohen Zieles: einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Und nun eine Erinnerung an eine Sitzung des Gemeinderats der Stadt Straßburg aus den ersten Jahren des Jahrhunderts: Eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderats war einberufen worden.

Die Verwaltung hatte festgestellt, daß das Fundament eines Pfeilers des Turmes unsicher geworden war. Um eine schwere Gefahr für den Bestand des Turmes zu beseitigen, mußte der gefährdete Pfeiler unterfangen werden.

Das Straßburger Münster ist in jenen Stunden für mich ein Symbol geworden. Der Leser aber möge die Gedanken, die sich aus dem Erzählten ergeben, für sich weiterdenken.

Wirtschafts-Nachrichten

Warum liebt das Fleisch bewirtschaftet?

SWK. Die Heraussetzung der Fleischration auf 1000 g hat in Verbraucherkreisen durchaus nicht die Freude ausgelöst, die man wohl behördlicherseits erwartet hatte.

Demgegenüber stehen die bizonalen Frankfurter Verwaltungsstellen auf dem Standpunkt, daß an eine Aufhebung der Bewirtschaftung für Fleisch- und Wurstwaren erst gedacht werden kann, wenn eine Durchschnitteration von monatlich 1200 g gesichert ist.

Vorbehalte gegen Schlange-Schönigen

v.W. Frankfurt. Der Rheinische Landwirtschaftsverband wandte sich gegen eine Ernennung Dr. Schlange-Schönigen zum Minister für Ernährung und Landwirtschaft.

Südwestdeutsche Nachrichten

Deutsche Elektrotechniker-Tagung

Karlsruhe (SWK). In der Zeit vom 13. September bis 16. September hält der Verband Deutscher Elektrotechniker seine diesjährige Versammlung in Karlsruhe ab.

Großfeuer verursacht 100 000 DM Schaden

Lahr/Bd. (SWK). Im nahen Friesenheim brach aus bisher noch nicht bekannter Ursache auf einem Hof ein Brand aus, der auch auf benachbarte Gebäulichkeiten übergriff.

Geisteskranker suchte den Tod

Heidelberg (SWK). In einem unbewachten Augenblick gelang es einem 24jährigen jungen Manne, sich aus der Klinik zu entfernen.

Kunstschmied Christ verläßt Waldsee

M.P. Waldsee. Der in ganz Westdeutschland bekannte Kunstschmied Eugen Christ einer der ersten Vertreter seines Faches, der während des Krieges in Hamburg total ausgebombt in seinen Geburtsort Waldsee übergesiedelt war, kehrt in diesen Tagen wieder nach Hamburg zurück.

Wieder Eberbacher Kuckucksmarkt

H. Eberbach. Im Neckarstädtchen Eberbach findet auch dieses Jahr wieder der eingeführte Kuckucksmarkt statt, verbunden mit vielen interessanten Ausstellungen, wie Industrie-, Handwerk-, Landwirtschaft-, Kleintier- und Obstschau.

Die Tage des Weins in Mainz

M. Mainz. Seit Monaten wird in Mainz in aller Stille für die großen Tage des Weins gearbeitet. Drei große Ereignisse sollen in den Tagen vom 27. August bis 4. September zusammenfallen: der traditionelle Mainzer Weinmarkt, die erste größere Wein-Fachausstellung nach dem Kriege und die für den 1. und 2. September einberufene Herbsttagung der deutschen Weinbauverbände.